

# ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 39 | 01.10.2021

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

## I. BUNDESGESETZBLATT

### [BGBl II 406/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über den **70. Nachtrag zum Arzneibuch**

### [BGBl II 414/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung über die Abgeltung des Aufwands der Bundesanstalt „Statistik Österreich“ für den Vollzug des Bildungsdokumentationsgesetzes 2020 (**Abgeltungsverordnung Bildungsdokumentation**)

### [BGBl II 416/2021 \(Anhang\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen gemäß § 3b Abs. 3 des ABBAG-Gesetzes betreffend Richtlinien über die Gewährung von Rekapitalisierungsmaßnahmen, die zur Erhaltung der langfristigen Zahlungsfähigkeit von Unternehmen im Zusammenhang mit der Ausbreitung des Erregers SARS-CoV-2 und den dadurch verursachten wirtschaftlichen Auswirkungen geboten sind (**VO Rekapitalisierungsmaßnahmen**)

### [BGBl II 418/2021](#)

Verordnung, mit der die Verordnung der Bundesministerin für Justiz über **besondere Vorkehrungen im Anwendungsbereich des Strafvollzugsgesetzes zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19** geändert wird

### [BGBl II 419/2021](#)

Verordnung der Bundesministerin für Justiz, mit der die Verordnung, mit der zur **Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 besondere Vorkehrungen in Strafsachen** getroffen werden, geändert wird

## II. AMTSBLATT DER EU

### [ABI L 339 v 24.09.2021, 1](#)

Verordnung (EU) 2021/1701 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. September 2021 zur Änderung der Verordnung (EU) 2020/2222 zur Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Sicherheitsbescheinigungen und **Genehmigungen für Eisenbahnunternehmen**, die über die feste **Ärmelkanal-Verbindung** tätig sind

### [ABI L 341 v 24.09.2021, 1](#)

Empfehlung (EU) 2021/1712 des Rates vom 23. September 2021 zur Änderung der Empfehlung (EU) 2020/912 zur vorübergehenden **Beschränkung nicht unbedingt notwendiger Reisen** in die EU und möglichen Aufhebung dieser Beschränkung

## III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

### A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

#### 08.06.2021, [V 21/2021](#)

**COVID-19-MaßnahmenG; COVID-19-LockerungsVO**; Gesetzwidrigkeit des **Verbots des Betretens von Gastgewerbebetriebsstätten** für Kunden in der Zeit von 01.00 bis 05.00 Uhr mangels nachvollziehbarer Dokumentation der Entscheidungsgrundlagen

#### 08.06.2021, [V 22/2021](#)

**COVID-19-MaßnahmenG; COVID-19-LockerungsVO**; Gesetzwidrigkeit des **Verbots des Betretens von Gastgewerbebetriebsstätten** für Kunden in der Zeit von 01.00 bis 05.00 Uhr mangels nachvollziehbarer Dokumentation der Entscheidungsgrundlagen

#### 08.06.2021, [V 576/2020](#)

**COVID-19-MaßnahmenG; COVID-19-LockerungsVO**; Gesetzwidrigkeit der COVID-19-LockerungsVO betreffend das **Verbot des Betretens von Gastgewerbebetriebsstätten** für Kunden in der Zeit von 23.00 bis 06.00 Uhr mangels nachvollziehbarer Dokumentation der Entscheidungsgrundlagen

#### 08.06.2021, [V 615/2020](#)

**COVID-19-MaßnahmenG; COVID-19-LockerungsVO**; Gesetzwidrigkeit der COVID-19-LockerungsVO betreffend das **Verbot des Betretens von Gastgewerbebetriebsstätten** für Kunden in der Zeit von 23.00 bis 06.00 Uhr, das Konsumationsverbot von Speisen und Getränken in der Nähe der Abgabestelle und die Pflicht von Mitarbeitern, zum Tragen eines Mund- und Nasenschutzes bei Kundenkontakt mangels nachvollziehbarer Dokumentation der Entscheidungsgrundlagen

#### 16.06.2021, [V 34/2021 ua](#)

**COVID-19-MaßnahmenG; COVID-19-LockerungsVO**; Aufhebung einer Bestimmung der COVID-19-LockerungsVO betreffend die Einhaltung eines **Mindestabstands von einem Meter im Freien** gegenüber Personen aus einem anderen Haushalt mangels ausreichender Dokumentation der Entscheidungsgrundlagen

#### 24.06.2021, [V 90/2021 ua](#)

**COVID-19-MaßnahmenVO**; kein Verstoß gegen das **Recht auf Freizügigkeit** durch das **Verbot des Verlassens von Teilen Tirols** (Bezirk Schwaz) durch die COVID-19-MaßnahmenVO auf Grund der dort verbreiteten (Südafrikanischen) COVID-19-Virusvariante B.1.351; Verkehrsbeschränkung zur Verhinderung der Verbreitung der Virusvariante zum Schutz von Personen außerhalb des Epidemiegebiets „unbedingt erforderlich“ und innerhalb des Ermächtigungsumfangs des EpidemieG; AusreiseVO innerhalb des Einschätzungs- und Prognosespielraums des für die Erlassung der VO zuständigen Bezirkshauptmanns; Sachlichkeit und Zumutbarkeit des Nachweises eines negativen Testergebnisses auch für genesene und geimpfte Personen

25.06.2021, [V 55/2021](#)

**StVO**; Aufhebung der **Geschwindigkeitsbeschränkung** einer öö Gemeinde mangels Bestehens eines Verordnungsakts; keine Möglichkeit festzustellen, ob ein Ermittlungsverfahren durchgeführt wurde

25.06.2021, [V 416/2020 ua](#)

**StVO**; Gesetzwidrigkeit der (örtlichen) **Erweiterung einer bestehenden Geschwindigkeitsbeschränkung** in einer öö Gemeinde mangels nachvollziehbarer Auseinandersetzung mit der Erforderlichkeit der – zeitlichen nicht beschränkten – Herabsetzung der Höchstgeschwindigkeit

25.06.2021, [E 599/2021](#)

**AsylG**; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Zurückweisung eines **Antrags auf internationalen Schutz** einer in Griechenland als Schutzberechtigte anerkannten Staatsangehörigen von Afghanistan; mangelhafte Ermittlungen zur Versorgung in Griechenland auf Grund der sich aus den Länderberichten ergebenden allg Situation von Schutzberechtigten in Griechenland; keine Feststellungen betreffend die Sicherstellung einer Unterkunft, von Nahrungsmitteln oder sanitären Einrichtungen im Falle einer Rückkehr

## **B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF**

20.08.2021, [Ro 2020/10/0025](#)

**UniversitätsG**; Prüfungen, die mit einem derart **gravierenden Mangel** behaftet sind, dass nicht mehr von einer „**Prüfung**“ **iSd UniversitätsG** gesprochen werden kann, sind absolut nichtig; diese Prüfungen sind rechtlich nicht existent und bedürfen daher auch keiner Anfechtung oder Beseitigung; eine Prüfung, auf der die richtigen Antworten erkennbar sind, ist absolut nichtig, weil eine solche Prüfung keine taugliche Grundlage zur Überprüfung des Wissensstands und daher keine valide Beurteilung des Studienerfolgs darstellt; da sich das BVwG jedoch nicht mit der Frage auseinandergesetzt hatte, ob dieser Mangel auch am Prüfungsbogen der Rw aufgetreten war, hob der VwGH die Entscheidung des BVwG auf

01.09.2021, [Ra 2021/03/0112](#)

**EisenbahnG**; **EisenbahnkreuzungsVO**; lässt sich dem Spruch der Sicherungsentscheidung nicht mit der erforderlichen Bestimmtheit entnehmen, dass eine Beibehaltung der Sicherung festgelegt wurde, ist von einer neuen **Sicherungsentscheidung** auszugehen, die es auch ermöglicht, die **Kostentragung** neu zu regeln; das VwG begründete die Unzulässigkeit der Neuregelung der Kostentragung damit, dass keine neue Sicherungsart angeordnet und offenbar von der Beibehaltung der bestehenden Anlagen ausgegangen worden sei; im ggst Fall enthielten die Sicherungsbescheide des Landeshauptmanns von NÖ bezüglich der Eisenbahnkreuzungen jedoch keine Bezugnahme auf die Möglichkeit zur Beibehaltung der bestehenden Anlagen; das angefochtene Erkenntnis war wegen Rechtswidrigkeit seines Inhalts aufzuheben

## **C. VERWALTUNGSGERICHE**

LVwG Oö 18.08.2021, [LVwG-652183](#)

**AVG**; die rechtsfreundlich vertretene Bf beantragt expressis verbis die „Feststellung der Nichtigkeit“ des **Mandatsbescheids**; der Behörde kann nicht entgegengetreten werden, wenn sie unter Hinweis auf die höchstgerichtliche Rsp davon ausgeht, in der vorliegenden Rechtssache sei ein **Feststellungsantrag** unzulässig; völlig zu Recht führt die Behörde aus, im Gesetz sei im gegebenen Zusammenhang kein Feststellungsantrag vorgesehen und sei ein solcher auch kein notwendiges Mittel zweckentsprechender Rechtsverfolgung, zumal der Bf das Rechtsmittel der Vorstellung offenstand und die zu klärende Rechtsfrage im Rechtsmittelverfahren hätte geklärt werden können

LVwG Tir 30.08.2021, [LVwG-2021/37/1235-7](#)

**EpidemieG**; **AbsonderungsVO**; unter Berücksichtigung des verfassungsgesetzlich geschützten **Rechts auf persönliche Freiheit** und der damit verbundenen Verpflichtung, eine **Absonderung** nur solange anzuordnen, als dies für den Verdachtsfall einer Infektion mit 2019-nCov („2019 neuartiges Coronavirus“) erforderlich war, war die Bezirkshauptmannschaft X gem § 5 Abs 1 zweiter Satz EpidemieG berechtigt, die Bf zu einer **Testung** am fünften Tag der Absonderung zu verpflichten

LVwG Vbg 16.09.2021, [LVwG-302-20/2020-R18](#)

**Vbg RaumplanungsG**; § 16 Abs 4 lit a Vbg RaumplanungsG kann nicht dahingehend ausgelegt werden, dass die **Bewilligung einer Ferienwohnungsnutzung** auch dann vorgesehen ist, wenn der Antragsteller (Eigentümer) gesetzlicher Erbe des vormaligen Miteigentümers und zugleich vormaliger Miteigentümer ist

## IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

### A. GERICHTSHOF

[30.09.2021, Rs C-186/20, Hydina SK](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden und **Betrugsbekämpfung** auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer – Verordnung (EU) Nr 904/2010 – Art 10 bis 12 – **Informationsaustausch** – Steuerprüfung – Fristen – Aussetzung der Steuerprüfung bei Informationsaustausch – Überschreitung der für die **Übermittlung der Informationen festgelegten Frist** – Auswirkung auf die Rechtmäßigkeit der Aussetzung der Steuerprüfung

[30.09.2021, Rs C-285/20, Raad van bestuur van het Uitvoeringsinstituut werknemersverzekeringen \(Uwv\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EG) Nr 883/2004 – Art 65 Abs 2 und 5 – Geltungsbereich – **Vollarbeitslose Arbeitnehmer** – Leistungen bei Arbeitslosigkeit – Arbeitnehmer, der im zuständigen Mitgliedstaat wohnt und eine Beschäftigung ausübt – **Verlegung seines Wohnorts** in einen anderen Mitgliedstaat – Person, die vor der Vollarbeitslosigkeit im zuständigen Mitgliedstaat keine Beschäftigung tatsächlich ausübt – **Person, die wegen Krankheit nicht arbeitet** und deshalb vom zuständigen Mitgliedstaat Leistungen bei Krankheit bezieht – Ausübung einer Beschäftigung – Vergleichbare rechtliche Lage

[30.09.2021, Rs C-296/20, Commerzbank](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Gerichtliche Zuständigkeit, Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen – Zivil- und Handelssachen – **Lugano-II-Übereinkommen** – Art 15 Abs 1 Buchst c – **Zuständigkeit bei Verbrauchersachen** – **Verlegung des Wohnsitzes** des Verbrauchers in einen anderen durch das Übereinkommen gebundenen Staat

[30.09.2021, Rs C-299/20, Icade Promotion](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerrecht – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – Richtlinie 2006/112/EG – Art 392 – **Regelung über die Differenzbesteuerung** – Anwendungsbereich – Lieferung von zum Zwecke des **Wiederverkaufs erworbenen Gebäuden und Baugrundstücken** – Steuerpflichtiger, der beim Erwerb der Gebäude nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt war – Der Mehrwertsteuer unterliegender Wiederverkauf – **Begriff ‚Baugrundstücke‘**

### B. SCHLUSSANTRÄGE

[30.09.2021, Rs C-257/20, „Viva Telecom Bulgaria“ \(GA Rantos\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Direkte Besteuerung – Gemeinsame Steuerregelung für Zahlungen von **Zinsen und Lizenzgebühren zwischen verbundenen Unternehmen** verschiedener Mitgliedstaaten – Art 63 AEUV – Freier Kapitalverkehr – Art 49 AEUV – Niederlassungsfreiheit – Richtlinie 2003/49/EG – Ausschluss bestimmter Zahlungen als Zinsen oder Lizenzgebühren – **Zahlungen zinsloser Darlehen** – Richtlinie 2011/96/EU – Richtlinie 2008/7/EG – **Fremdvergleichsgrundsatz** – Erhebung von Quellensteuer auf nicht gezahlte Zinsen – Steuerhinterziehung, Steuerumgehung und Missbrauch

[30.09.2021, Rs C-389/20, TGSS \(Chômage des employés de maison\) \(GA Szpunar\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gleichbehandlung von Männern und Frauen im Bereich der sozialen Sicherheit – Richtlinie 79/7/EWG – Art 4 Abs 1 – Verbot jeglicher **Diskriminierung aufgrund des Geschlechts** – Hausangestellte – **Schutz gegen das Risiko Arbeitslosigkeit** – Ausschluss – Besonderer Nachteil für weibliche Arbeitnehmer – Legitime sozialpolitische Ziele – Verhältnismäßigkeit

[30.09.2021, Rs C-483/20, Commissaire général aux réfugiés und aux apatrides \(Unité familiale – Protection déjà accordée\) \(GA Pikamäe\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsame Politik im Bereich Asyl und subsidiärer Schutz – Minderjähriges Kind, das in einem Mitgliedstaat internationalen Schutz erhalten hat – Gemeinsame Verfahren für die Zuerkennung und Aberkennung des internationalen Schutzes – Richtlinie 2013/32/EU – Art 33 Abs 2 Buchst a – **Unzulässigkeit des Antrags eines Elternteils auf internationalen Schutz** wegen der vorherigen Zuerkennung der **Flüchtlingseigenschaft in einem anderen Mitgliedstaat** – Recht auf Achtung des Familienlebens – **Wohl des Kindes** – Art 7, 18 und 24 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Echte und erwiesene Gefahr, eine gegen das Recht auf Achtung des Familienlebens verstoßende Behandlung zu erfahren – Normen für die Anerkennung von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Personen mit Anspruch auf internationalen Schutz – Richtlinie 2011/95/EU

## **C. GERICHT**

[29.09.2021, Rs T-341/18, Nec/Kommission](#)

Wettbewerb – Kartelle – **Markt für Aluminium- oder Tantal-Elektrolytkondensatoren** – Beschluss, mit dem eine Zuwiderhandlung gegen Art 101 AEUV und Art 53 des EWR-Abkommens festgestellt wird – **Abstimmung der Preise** im gesamten EWR – **Zurechnung** der von der **Tochtergesellschaft begangenen Zuwiderhandlung** an die Muttergesellschaft – Leitlinien für das Verfahren zur Festsetzung von Geldbußen von 2006 – Schwere der Zuwiderhandlung – Erhöhung der Geldbuße im Wiederholungsfall – Verhältnismäßigkeit – Befugnis zu unbeschränkter Nachprüfung

[29.09.2021, Rs T-342/18, Nichicon Corporation/Kommission](#)

Wettbewerb – Kartelle – **Markt für Aluminium- und Tantal-Elektrolytkondensatoren** – Beschluss, mit dem eine Zuwiderhandlung gegen Art 101 AEUV und Art 53 des EWR-Abkommens festgestellt wird – **Abstimmung der Preise** im gesamten EWR – Abgestimmte Verhaltensweise – **Austausch sensibler Geschäftsinformationen** – Räumliche Zuständigkeit der Kommission – Bezweckte Wettbewerbsbeschränkung – Mitteilung der Beschwerdepunkte – Ziff 13 der Leitlinien für das Verfahren zur Festsetzung von Geldbußen von 2006 – Umsatz – Begründungspflicht – Verhältnismäßigkeit – Gleichbehandlung – Einheitliche und fortgesetzte Zuwiderhandlung – Schwere der Zuwiderhandlung – **Offene Distanzierung** – Mildernde Umstände – Befugnis zu unbeschränkter Nachprüfung

[29.09.2021, Rs T-343/18, Tokin/Kommission](#)

Wettbewerb – Kartelle – **Aluminium- und Tantal-Elektrolytkondensatoren** – Beschluss, mit dem eine Zuwiderhandlung gegen Art 101 AEUV und Art 53 des EWR-Abkommens festgestellt wird – **Abstimmung der Preise** im gesamten EWR – Mitteilung der Beschwerdepunkte – Leitlinien für das Verfahren zur Festsetzung von Geldbußen von 2006 – Umsatz – Verhältnismäßigkeit – Gleichbehandlung – Schwere der Zuwiderhandlung – **Mildernde Umstände**

[29.09.2021, Rs T-344/18, Rubycon und Rubycon Holdings/Kommission](#)

Wettbewerb – Kartelle – **Markt für Aluminium- und Tantal-Elektrolytkondensatoren** – Beschluss, mit dem eine Zuwiderhandlung gegen Art 101 AEUV und Art 53 des EWR-Abkommens festgestellt wird – **Abstimmung der Preise** im gesamten EWR – Geldbußen – **Teilerlass der Geldbuße** – Rn 26 der Mitteilung über Zusammenarbeit von 2006 – Herabsetzung der Geldbuße – Ziff 37 der Leitlinien für das Verfahren zur Festsetzung von Geldbußen von 2006 – **Obergrenze von 10 % des Umsatzes** – Befugnis zu unbeschränkter Nachprüfung

[29.09.2021, Rs T-363/18, Nippon Chemi-Con Corporation/Kommission](#)

Wettbewerb – Kartelle – **Markt für Aluminium- und Tantal-Elektrolytkondensatoren** – Beschluss, mit dem eine Zuwiderhandlung gegen Art 101 AEUV und Art 53 des EWR-Abkommens festgestellt wird – **Abstimmung der Preise** im gesamten EWR – Abgestimmte Verhaltensweise – Austausch sensibler Geschäftsinformationen – Räumliche Zuständigkeit der Kommission – **Verteidigungsrechte und Anspruch auf rechtliches Gehör** – Unantastbarkeit des Rechtsakts – Einheitliche und fortgesetzte Zuwiderhandlung – Bezweckte Wettbewerbsbeschränkung – Leitlinien für das Verfahren zur Festsetzung von Geldbußen von 2006 – Umsatz – Begründungspflicht – Verhältnismäßigkeit – Gleichbehandlung – Schwere der Zuwiderhandlung – Mildernde Umstände – Ziff 37 der Leitlinien für das Verfahren zur Festsetzung von Geldbußen von 2006 – Befugnis zu unbeschränkter Nachprüfung

[29.09.2021, Rs T-447/18, TUfly/Kommission](#)

Staatliche Beihilfen – **Vereinbarungen der Kärntner Flughafen** Betriebsgesellschaft mbH mit den Fluggesellschaften Hapag Lloyd Express und TUfly – Flughafendienstleistungen – Marketingdienstleistungen – Beschluss, mit dem festgestellt wird, dass die Beihilfen mit dem Binnenmarkt unvereinbar sind, und ihre Rückforderung angeordnet wird – Vorteil – **Kriterium des privaten Kapitalgebers** – Art 41 der Charta der Grundrechte – **Recht auf Zugang zu den Akten** – Anspruch auf rechtliches Gehör

[29.09.2021, Rs T-619/18, TUfly/Kommission](#)

Zugang zu Dokumenten – Verordnung (EG) Nr 1049/2001 – Dokumente eines Verfahrens zur **Kontrolle staatlicher Beihilfen** – Verweigerung des Zugangs – Ausnahme zum Schutz des Zwecks von Inspektions-, Untersuchungs- und Audittätigkeiten – **Ausnahme zum Schutz der geschäftlichen Interessen Dritter** – Überwiegendes öffentliches Interesse

## **V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE**

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

## VI. COVID-19-MASSNAHMENGESETZE UND -VERORDNUNGEN

### A. COVID-19-MaßnahmenG

Titel	in Kraft ab	außer Kraft mit Ablauf des
COVID-19 Maßnahmengesetz, <a href="#">BGBl I 12/2020</a> , ausgegeben am 15.03.2020	16.03.2020	31.12.2020
2. COVID-19-Gesetz, <a href="#">BGBl I 16/2020</a> : in Art 26 Änderung des COVID-19-Maßnahmengesetz BGBl I 12/2020, ausgegeben am 21.03.2020 (Fügt §4 Abs.2 zu COVID-19 Maßnahmengesetz, BGBl I 12/2020 hinzu, der rückwirkend mit 16.03.2020 in Kraft tritt)	22.03.2020	<i>unverändert</i>
3. COVID-19-Gesetz, <a href="#">BGBl I 23/2020</a> : in Art 50 Änderung des COVID-19-Maßnahmengesetz (BGBl I 12/2020, zuletzt geändert durch BGBl I 16/2020), ausgegeben am 04.04.2020	05.04.2020	<i>unverändert</i>
104. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950, das Tuberkulosegesetz und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, <a href="#">BGBl I 104/2020</a> , ausgegeben am 25.09.2020	26.09.2020	30.06.2021 (§2a tritt mit 26.09.2020 außer Kraft)
Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 (COVID-19-Maßnahmengesetz) geändert wird, <a href="#">BGBl I 138/2020</a> , ausgegeben am 22.12.2020	23.12.2020	<i>unverändert</i>
23. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, <a href="#">BGBl I 23/2021</a> , ausgegeben am 20.01.2021	21.01.2021	<i>unverändert</i>
33. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, <a href="#">BGBl I 33/2021</a> , ausgegeben am 26.02.2021	27.02.2021	<i>unverändert</i>
82. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, <a href="#">BGBl I 82/2021</a> , ausgegeben am 14.05.2021	19.05.2021	<i>unverändert</i>
90. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, <a href="#">BGBl I 90/2021</a> , ausgegeben am 27.05.2021	28.05.2021	<i>unverändert</i>
100. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, <a href="#">BGBl I 100/2021</a> , ausgegeben am 28.05.2021	29.05.2021	<i>unverändert</i>
105. Bundesgesetz, mit dem das Suchtmittelgesetz, das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, <a href="#">BGBl I 105/2021</a> , ausgegeben am 28.06.2021	29.06.2021	31.12.2021

143. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, <a href="#">BGBl I 143/2021</a> , ausgegeben am 26.07.2021	27.07.2021	<i>unverändert</i>
---	------------	--------------------

## B. VO betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19

96. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, <a href="#">BGBl II 96/2020</a> , ausgegeben am 15.03.2020 VfGH: <a href="#">BGBl II 184/2021</a> : VfGH Teile von §1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 23.04.2021	§§ 1 und 2 ab 16.03.2020 § 3 ab 17.03.2020	22.3.2020
110. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geändert wird, <a href="#">BGBl II 110/2020</a> , ausgegeben am 20.03.2020	21.03.2020	13.04.2020
112. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, geändert wird, <a href="#">BGBl II 112/2020</a> , ausgegeben am 22.03.2020	23.03.2020	13.04.2020
130. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geändert wird, <a href="#">BGBl II 130/2020</a> , ausgegeben am 02.04.2020 VfGH: <a href="#">BGBl II 486/2020</a> : VfGH §3 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020	03.04.2020 §4 mit 04.04.2020	§§1-3 13.04.2020 §4 24.04.2020
151. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geändert wird, <a href="#">BGBl II 151/2020</a> , ausgegeben am 09.04.2020 VfGH: <a href="#">BGBl II 340/2020</a> : VfGH Teile von § 2 Abs 4 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 29.07.2020 <a href="#">BGBl. II Nr. 487/2020</a> : VfGH das Wort „angeschlossene“ in § 2 Abs 1 Z 12 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020	14.04.2020	§§1-3 mit Ablauf des 30.04.2020 §4 mit Ablauf des 30.04.2020
162. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 und die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert werden, <a href="#">BGBl II 162/2020</a> , ausgegeben am 18.04.2020	19.04.2020 § 2 Z 24 ab 20.04.2020	<i>unverändert</i>
→ Gem COVID-19-LockerungsVO, <a href="#">BGBl II 197/2020</a> , mit Ablauf des 30.04.2020 außer Kraft getreten		30.04.2020

## C. VO gem § 2 Z 1 des COVID-19-MaßnahmenG

98. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes, <a href="#">BGBl II 98/2020</a> , ausgegeben am 15.03.2020 VfGH: <a href="#">BGBl II 351/2020</a> : VfGH hat § 1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 31.07.2020	16.03.2020	22.03.2020
---	------------	------------

107. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert wird, <a href="#">BGBl II 107/2020</a> , ausgegeben am 19.03.2020 VfGH: <a href="#">BGBl II 351/2020</a> : VfGH hat §§ 4 und 6 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 31.07.2020	20.03.2020	<i>unverändert</i>
108. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert wird, <a href="#">BGBl II 108/2020</a> , ausgegeben am 19.03.2020 (lt BGBl) (lt RIS Eintrag kundgemacht am 20.03.2020) VfGH: <a href="#">BGBl II 351/2020</a> : VfGH hat § 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 31.07.2020	20.03.2020	13.04.2020
148. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert wird, <a href="#">BGBl II 148/2020</a> , ausgegeben am 09.04.2020	14.04.2020	30.04.2020
162. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 und die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert werden, <a href="#">BGBl II 162/2020</a> , ausgegeben am 18.04.2020	20.04.2020	<i>unverändert</i>
→ Gem COVID-19-LockerungsVO <a href="#">BGBl II 197/2020</a> , mit Ablauf des 30.04.2020 außer Kraft		30.04.2020

#### **D. VO über die Sperrstunde und Aufsperrstunde im Gastgewerbe**

97. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 die Sperrstunde und Aufsperrstunde im Gastgewerbe festgelegt werden, <a href="#">BGBl II 97/2020</a> , ausgegeben am 15.03.2020	16.03.2020	16.03.2020
--	------------	------------

#### **E. VO über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem EpidemieG 1950 und dem COVID-19-MaßnahmenG**

152. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesezt 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz, <a href="#">BGBl II 152/2020</a> , ausgegeben am 10.04.2020	11.04.2020	14.07.2021
427. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesezt 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, <a href="#">BGBl II 427/2020</a> , ausgegeben am 02.10.2020	03.10.2020	<i>unverändert</i>
30. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesezt 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, <a href="#">BGBl II 30/2021</a> , ausgegeben am 22.01.2021	25.01.2021	<i>unverändert</i>

60. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, <a href="#">BGBl II 60/2021</a> , ausgegeben am 22.01.2021 (Datum später berichtet) → <a href="#">BGBl II 95/2021</a> berichtigt <a href="#">BGBl II 60/2021</a> : statt ausgegeben am 22.01.2021 lautet es richtig „ausgegeben am 05.02.2021“	08.02.2021	<i>unverändert</i>
314. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem COVID-19-Maßnahmengesetz, <a href="#">BGBl. II 314/2021</a> , ausgegeben am 13.07.2021	14.07.2021	<i>Keine Angabe</i>

## **F. COVID-19-LockerungsVO (COVID-19-LV) und COVID-19-MaßnahmenVO (COVID-19-MV)**

### **COVID-19-SchutzmaßnahmenVO**

### **(COVID-19-SchuMaV)**

### **COVID-19-NotmaßnahmenVO (COVID-19-NotMV)**

<b>COVID-19-Lockerungsverordnung – COVID-19-LV</b>		
197. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend Lockerungen der Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen wurden (COVID-19-Lockerungsverordnung – <b>COVID-19-LV</b> ), <a href="#">BGBl II 197/2020</a> , ausgegeben am 30.04.2020  Außerdem lässt diese VO mit Ablauf des 30.04.2020 außer Kraft treten: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, <a href="#">BGBl II 96/2020</a></li> <li>• Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes, <a href="#">BGBl II 98/2020</a></li> </ul> VfGH: <a href="#">BGBl II 484/2020</a> : VfGH § 10 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020 <a href="#">BGBl II 488/2020</a> : VfGH § 6 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020 <a href="#">BGBl II 492/2020</a> : VfGH Wortfolge in § 1 Abs 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 20.11.2020 <a href="#">BGBl II 318/2021</a> : VfGH § 1 Abs 1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 15.07.2021 <a href="#">BGBl II 359/2021</a> : VfGH § 2 Abs 1 Z 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 16.08.2021	01.05.2020	30.06.2020
207. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird, <a href="#">BGBl II 207/2020</a> , ausgegeben am 13.05.2020  VfGH: <a href="#">BGBl II 485/2020</a> : VfGH § 6 Abs 1 und 4 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020, Aufhebung mit Ablauf des 31.12.2020 in Kraft <a href="#">BGBl II 360/2021</a> : VfGH § 6 Abs 2 und 3 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 17.08.2021	15.05.2020	<i>unverändert</i>
231. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird ( <b>2. COVID-19-LV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBl II 231/2020</a> , ausgegeben am 27.05.2020  VfGH:	29.05.2020	31.08.2020  § 9 (2) entfällt mit

<p><a href="#">BGBI II 485/2020</a>: VfGH § 6 Abs 5 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020</p> <p><a href="#">BGBI II 360/2021</a>: VfGH § 6 Abs 7 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 17.08.2021</p>		Ablauf 30.06.2020
239. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird ( <b>3. COVID-19-LV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBI II 239/2020</a> , ausgegeben am 28.05.2020	29.05.2020	<i>unverändert</i>
246. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird ( <b>4. COVID-19-LV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBI II 246/2020</a> , ausgegeben am 29.05.2020	30.05.2020	<i>unverändert</i>
266. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird ( <b>5. COVID-19-LV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBI II 266/2020</a> , ausgegeben am 13.06.2020 VfGH: <a href="#">BGBI II 146/2021</a> : VfGH §4 Abs 1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 01.04.2021	15.06.2020	<i>unverändert</i>
287. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird ( <b>6. COVID-19-LV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBI II 287/2020</a> , ausgegeben am 29.06.2020 VfGH: <a href="#">BGBI II 358/2021</a> : VfGH § 6 Abs 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 16.08.2021	01.07.2020	31.12.2020
299. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird ( <b>7. COVID-19-LV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBI II 299/2020</a> , ausgegeben am 02.07.2020	03.07.2020	<i>unverändert</i>
332. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird ( <b>8. COVID-19-LV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBI II 332/2020</a> , ausgegeben am 22.07.2020	24.07.2020	<i>unverändert</i>
342. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird ( <b>9. COVID-19-LV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBI II 342/2020</a> , ausgegeben am 29.07.2020 VfGH: <a href="#">BGBI II 146/2021</a> : VfGH § 4 Abs 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 01.04.2021	30.07.2020	<i>unverändert</i>
398. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird ( <b>10. COVID-19-LV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBI II 398/2020</a> , ausgegeben am 12.09.2020	14.09.2020	<i>unverändert</i>
407. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird ( <b>11. COVID-19-LV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBI II 407/2020</a> , ausgegeben am 18.09.2020 <i>Anmerkung: Titel der VO wurde geändert auf „Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden (COVID-19-Maßnahmenverordnung – COVID-19-MV)</i>	21.09.2020	§ 11 Abs 9 tritt mit 21.09.2020 außer Kraft
<b>Neuer Titel: COVID-19-Maßnahmenverordnung – COVID-19-MV</b>		
412. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird ( <b>1. COVID-19-MV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBI II 412/2020</a> , ausgegeben am 24.09.2020	25.09.2020	„§ 10c samt Überschrift und die Anlage treten drei Tage nach Inkrafttreten der

		nächsten Änderung des COVID-19-Maßnahmengesetz außer Kraft“
446. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird ( <b>2. COVID-19-MV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBl II 446/2020</a> , ausgegeben am 15.10.2020 <i>Anmerkung:</i> § 10c gelangt nur für Gelegenheitsmärkte zur Anwendung, die nach dem 13. November 2020 stattfinden	16.10.2020  § 10c 14.11.2020	§ 10b (4) mit 16.10. außer Kraft
455. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird ( <b>3. COVID-19-MV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBl II 455/2020</a> , ausgegeben am 22.10.2020 <i>Anmerkung:</i> § 1 samt Überschrift, § 1a, § 2 Abs 5, § 4 Abs 2 und 3, § 6 Abs 1a, 1b, 2, 2a, 3a, 5a, 5b, 7 und 8, § 8 Abs 1, 1a und 2, § 9 Abs 1 und 3 samt Überschrift, § 9a, § 10 Abs 2, 2a, 3, 7, 8 und 10a, § 10a Abs 2, § 10b Abs 2, § 10d Abs 1, § 11, § 11a samt Überschrift und § 11b idF der VO BGBl II 455/2020 treten mit Ablauf des 24. Oktober 2020 in Kraft. § 6 Abs 1a, 1b, 3b, § 10 Abs 2 Satz 1 und § 10 Abs 5, idF der VO BGBl II 455/2020 treten mit Ablauf des 22. November 2020 außer Kraft. Mit 23. November 2020 treten § 10 Abs 2 Satz 1 und § 10 Abs 5 idF der VO BGBl II 446/2020 wieder in Kraft. § 6 Abs 1c, § 9 Abs 2 sowie § 10 Abs 5 und 10 idF der VO BGBl II 455/2020 treten mit Ablauf des 31. Oktober 2020 in Kraft.	25.10.2020  §§ 6 (1c), 9 (2), 10 (5) (10) ab 01.11.2020  §§ 10 (2) S 1, 10 (5) idF 446/2020 ab 23.11.2020	§§ 6 (1a) (1b) (3b), 10 (1) S 1, 10 (5) mit Ablauf 22.11.2020 außer Kraft
456. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird ( <b>4. COVID-19-MV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBl II 456/2020</a> , ausgegeben am 22.10.2020 <i>Anmerkung:</i> Laut COVID-19-SchuMaV tritt diese VO ab 03.11.2020 außer Kraft und sollte bei außer Kraft treten der COVID-19-SchuMaV wieder in Kraft treten idF vom 07.11.2020. ABER: Laut COVID-19-NotMV tritt die COVID-19-SchuMaV zwar mit 17.11.2020 außer Kraft, diese VO (COVID-19-MV) tritt aber <b>nicht</b> wieder in Kraft.	07.11.2020	Tritt laut Covid-19-SchuMaV bereits <b>ab</b> 03.11.2020 außer Kraft.
<b>COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV</b>		
463. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – <b>COVID-19-SchuMaV</b> ), <a href="#">BGBl II 463/2020</a> , ausgegeben am 01.11.2020 <i>Anmerkung:</i> Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die COVID-19-Maßnahmenverordnung, BGBl II 197/2020, außer Kraft. Sie tritt mit dem Außerkrafttreten dieser VO wieder in Kraft und zwar in jener Fassung, die sie, wäre sie nicht außer Kraft getreten, mit 7. November 2020 auf Grund ihrer letzten Änderung durch die VO BGBl II 456/2020 erlangt hätte.	03.11.2020	<del>30.11.2020</del> § 2 12.11.2020 <b>Schon mit Ablauf 16.11.2020 außer Kraft (lt. NotMV 479/2020)</b>
472. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV geändert wird, <a href="#">BGBl II 472/2020</a> , ausgegeben am 10.11.2020	11.11.2020	
476. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV geändert wird (2. COVID-19-SchuMaV-Novelle), <a href="#">BGBl II 476/2020</a> , ausgegeben am 11.11.2020	13.11.2020	§2 22.11.2020
544. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (2. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – <b>2. COVID-19-SchuMaV</b> ), <a href="#">BGBl II 544/2020</a> , ausgegeben am 04.12.2020	07.12.2020	<del>23.12.2020</del> § 2 16.12.2020

		16.12.2020 (lt 566/2020)
<p>566. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – <b>3. COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl II 566/2020</a>, ausgegeben am 16.12.2020</p> <p><i>Anmerkung: Gleichzeitig tritt die 2. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung, BGBl II 544/2020, außer Kraft.</i></p> <p>Bis zum <b>18. Dezember 2020</b> gilt, dass der Betreiber seiner Verpflichtung gem § 10 Abs 4 nachkommt, wenn die Mitarbeiter durchgehend eine den Mund- und Nasenbereich abdeckende und eng anliegende mechanische Schutzvorrichtung tragen und für diese zweimal pro Woche ein Antigen-Test auf SARS-CoV-2 oder ein molekularbiologischer Test auf SARS-CoV-2 durchgeführt wird und dessen Ergebnis negativ ist. Im Fall eines positiven Testergebnisses kann das Einlassen abweichend davon dennoch erfolgen, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. jedenfalls mindestens 48 Stunden Symptomfreiheit nach abgelaufener Infektion vorliegt und</li> <li>2. auf Grund der medizinischen Laborbefunde, insbesondere aufgrund des CT-Werts &gt;30, davon ausgegangen werden kann, dass keine Ansteckungsgefahr mehr besteht.</li> </ol> <p><u>Am 24. und 25. Dezember 2020 gilt:</u></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. § 2 und § 13 Abs 3 Z 11 gelangen nicht zur Anwendung.</li> <li>2. Abweichend von § 13 Abs 3 Z 10 sind Zusammenkünfte von nicht mehr als zehn Personen zulässig, wobei diese aus höchstens zehn verschiedenen Haushalten stammen dürfen. Für solche Zusammenkünfte gelangt § 13 Abs 4 nicht zur Anwendung.</li> </ol>	<p>17.12.2020</p> <p>§§ 4 (4), 5 (6) Z 5, 12 (2) mit 24.12.2020</p>	<p><del>26.12.2020</del></p> <p>§ 4 (3) Z 3 <b>mit</b> 24.12.2020 außer Kraft</p>
<p>598. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – <b>3. COVID-19-SchuMaV</b>), geändert wird und die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 2. COVID-19-NotMV), erlassen wird, <a href="#">BGBl II 598/2020</a>, ausgegeben am 22.12.2020</p> <p>VfGH:  <a href="#">BGBl II Nr. 361/2021</a>: VfGH die Wortfolge "mit höchstens 50 Personen" in § 12 Abs. 1 Z 7 für gesetzwidrig erklärt, ausgegeben am 17.08.2021</p>	<p>23.12.2020</p> <p>§ 4 (3) Z 1 und Z 2 ab 24.12.2020</p>	<p>25.12.2020</p>
<p>58. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – <b>4. COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl II 58/2021</a>, ausgegeben am 05.02.2021</p>	<p>08.02.2021</p>	<p>17.02.2021</p>
<p>76. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (<b>1. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl II 76/2021</a>, ausgegeben am 17.02.2021</p>	<p>18.02.2021</p>	<p>27.02.2021</p>
<p>94. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (<b>2. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl II 94/2021</a>, ausgegeben am 25.02.2021</p>	<p>28.02.2021</p>	<p>09.03.2021</p>
<p>105. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (<b>3. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl II 105/2021</a>, ausgegeben am 08.03.2020</p>	<p>10.03.2021</p>	<p>14.03.2021</p>

<p>111. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (<b>4. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl. II 111/2021</a>, ausgegeben am 12.03.2021</p>	<p>15.03.2021 § 6 (8) mit 01.04.2021</p>	<p>11.04.2021 <del>§ 2 mit Ablauf des 24.03.2021</del></p>
<p>120. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (<b>5. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl. II 120/2021</a>, ausgegeben am 23.03.2021</p>	<p>25.03.2021</p>	<p><i>unverändert</i> §2 mit Ablauf des 03.04.2021</p>
<p>139. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (<b>6. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl. II Nr. 139/2021</a>, ausgegeben am 30.03.2021</p>	<p>01.04.2021</p>	<p>25.04.2021 §2 mit Ablauf des 10.04.2021 §25 mit Ablauf des 06.04.2021 (NÖ, Bgl.), 10.04.2021 (Wien)</p>
<p>147. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (<b>7. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl. II Nr. 147/2021</a>, ausgegeben am 06.04.2021</p>	<p>07.04.2021</p>	<p>25.04.2021 §2 mit Ablauf des 16.04.2021 §25 mit Ablauf des 10.04.2021</p>
<p>162. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (<b>8. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl. II Nr. 162/2021</a>, ausgegeben am 09.04.2021</p>	<p>11.04.2021</p>	<p><i>Unverändert</i> §2 mit Ablauf des 20.04.2021 §25 mit Ablauf des 18.04.2021</p>
<p>171. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (<b>9. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl. II Nr. 171/2021</a>, ausgegeben am 16.04.2021</p>	<p>19.04.2021</p>	<p>02.05.2021 §2 mit Ablauf des 28.04.2021 §25 mit Ablauf des 25.04.2021</p>
<p>181. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (<b>10. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl. II Nr. 181/2021</a>, ausgegeben am 23.04.2021</p> <p>Anmerkung: §2 tritt nun nicht mehr mit Ablauf des 28.04.2021 außer Kraft, sondern gemeinsam mit der restlichen VO mit Ablauf des 05.05.2021</p>	<p>26.04.2021</p>	<p>05.05.2021 <del>§2 mit Ablauf des 28.04.2021</del> §25 mit Ablauf des 02.05.2021</p>

206. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird ( <b>11. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b> ), <a href="#">BGBl. II Nr. 206/2021</a> , ausgegeben am 04.05.2021	06.05.2021	18.05.2021 §2 mit Ablauf des 15.05.2021
221. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird ( <b>12. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b> ), <a href="#">BGBl. II Nr. 221/2021</a> , ausgegeben am 14.05.2021	16.05.2021	<i>unverändert</i>
<b>COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – COVID-19-NotMV</b>		
479. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – <b>COVID-19-NotMV</b> ), <a href="#">BGBl II 479/2020</a> , ausgegeben am 15.11.2020  <i>Anmerkung: Mit dem Inkrafttreten dieser VO tritt die COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung, BGBl II 463/2020, außer Kraft. Die COVID-19-Maßnahmenverordnung, BGBl II 197/2020, tritt nicht wieder in Kraft.</i>	17.11.2020	06.12.2020 § 1 und § 12 26.11.2020
528. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege, und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – COVID-19-NotMV geändert wird ( <b>1. COVID-19-NotMV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBl II 528/2020</a> , ausgegeben am 25.11.2020	27.11.2020	§ 1 und § 12 6.12.2020
598. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-SchuMaV), geändert wird und die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – <b>2. COVID-19-NotMV</b> ), erlassen wird, <a href="#">BGBl II 598/2020</a> , ausgegeben am 22.12.2020  <i>Anmerkung: Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die 3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung, BGBl II 566/2020, außer Kraft.</i>	26.12.2020	04.01.2021
2. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung geändert wird (1. Novelle zur 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung), <a href="#">BGBl II 2/2021</a> , ausgegeben am 04.01.2021	05.01.2021	14.01.2021
17. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung geändert wird (2. Novelle zur 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung), <a href="#">BGBl II 17/2021</a> , ausgegeben am 14.01.2021	15.01.2021	24.01.2021
27. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – <b>3. COVID-19-NotMV</b> ), <a href="#">BGBl II 27/2021</a> , ausgegeben am 21.01.2021	25.01.2021	03.02.2021
49. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (4. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – <b>4. COVID-19-NotMV</b> ), <a href="#">BGBl II 49/2021</a> , ausgegeben am 02.02.2021	04.02.2021	07.02.2021

## **G. COVID-19-ÖffnungsVO (COVID-19-ÖV)**

### **2. COVID-19-Maßnahmenverordnung – 2. COVID-19-MV**

214. Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie (COVID-19-Öffnungsverordnung – <b>COVID-19-ÖV</b> ), <a href="#">BGBl II 214/2021</a> , ausgegeben am 10.05.2021	19.05.2021	30.06.2021 §§ 13-16 mit Ablauf des 16.06.2021
214. Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird ( <b>1. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung</b> ), <a href="#">BGBl II 214/2021</a> , ausgegeben am 10.05.2021 <i>Anmerkung: Hier werden §8 Abs. 4 und §9 Abs. 5 geändert, diese treten mit Inkrafttreten jenes nachfolgenden Bundesgesetzes in Kraft, durch das § 1 Abs. 5 Z 6 des COVID-19-MG geändert wird (§ 13 Abs. 10 COVID-19-MG) -&gt; mit Stand 20.05.2021 gibt es jedoch keine Z6 in §1 Abs. 5 des COVID-19-MG</i>	§8(4) und §9(5) nach Änderung von §1(5) Z6 COVID-19-MG in Kraft	<i>unverändert</i>
223. Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird ( <b>2. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung</b> ), <a href="#">BGBl II 223/2021</a> , ausgegeben am 18.05.2021	19.05.2021	<i>unverändert</i>
242. Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird ( <b>3. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung</b> ), <a href="#">BGBl II 242/2021</a> , ausgegeben am 01.06.2021	03.06.2021	<i>unverändert</i>
247. Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird ( <b>4. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung</b> ), <a href="#">BGBl II 247/2021</a> , ausgegeben am 02.06.2021	10.06.2021 §16a (5) u §17(1) bereits mit 03.06.2021	<i>unverändert</i>
256. Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird ( <b>5. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung</b> ), <a href="#">BGBl II 256/2021</a> , ausgegeben am 09.06.2021	10.06.2021	<i>unverändert</i>
<b>2. COVID-19-Öffnungsverordnung – 2. COVID-19-ÖV</b>		
278. Verordnung, mit der die Verordnung über weitere Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie ( <b>2. COVID-19-Öffnungsverordnung</b> ) erlassen wird, <a href="#">BGBl II 278/2021</a> , ausgegeben am 28.06.2021	01.07.2021	31.08.2021 §§ 12 – 16 28.07.2021
278. Verordnung, mit der die Verordnung über weitere Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird ( <b>1. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung</b> ), <a href="#">BGBl II 278/2021</a> , ausgegeben am 28.06.2021	22.07.2021	<i>unverändert</i>
321. Verordnung, mit der die Verordnung BGBl. II Nr. 278/2021 und die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert werden ( <b>2. und 3. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung</b> ), <a href="#">BGBl II 321/2021</a> , ausgegeben am 16.07.2021	22.07.2021 § 1 Abs. 2 15.08.2021	<i>unverändert</i>
328. Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert wird ( <b>4. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung</b> ), <a href="#">BGBl II 328/2021</a> , ausgegeben am 20.07.2021	22.07.2021	<i>unverändert</i>

366. Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert wird ( <b>5. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung</b> ), <a href="#">BGBl II 366/2021</a> , ausgegeben am 18.08.2021	§ 17 Abs. 2 und § 23 Abs. 1 20.08.2021 § 9 Abs. 1 und 2, § 19 Abs. 1 Z 1 für Bgld, NÖ, Wien, 06.09.2021 für alle anderen Bundesländer mit 13.09.2021	<i>unverändert</i>
367. Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert wird ( <b>6. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung</b> ), <a href="#">BGBl II 367/2021</a>	20.08.2021	<i>unverändert</i>
385. Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert wird ( <b>7. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung</b> ), <a href="#">BGBl. II 385/2021</a>	für Bgld, NÖ, Wien, 06.09.2021 für alle anderen Bundesländer mit 13.09.2021	§ 19 Abs. 1a Z 1 zweiter Satz mit 30.09.2021 außer Kraft <i>Rest: unverändert</i>
394. Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert wird ( <b>8. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung</b> ), <a href="#">BGBl. II 394/2021</a>  <i>Anmerkung: Titel der VO wurde geändert auf „Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden (2. COVID-19-Maßnahmenverordnung – 2. COVID-19-MV)“</i>	15.09.2021	<i>unverändert</i>
<b>2. COVID-19-Maßnahmenverordnung – 2. COVID-19-MV</b>		
396. Verordnung, mit der die Verordnung betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden (2. COVID-19-Maßnahmenverordnung – 2. COVID-19- MV), geändert wird ( <b>1. Novelle zur 2. COVID-19-Maßnahmenverordnung</b> ), <a href="#">BGBl. II 396/2021</a>	15.09.2021	<i>unverändert</i>

## H. COVID-19-VirusvariantenVO (COVID-19-VvV)

63. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der zusätzliche Schutzmaßnahmen zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 (Virusvariante B.1.351) getroffen werden ( <b>COVID-19-Virusvariantenverordnung – COVID-19-VvV</b> ), <a href="#">BGBl II 63/2021</a> , ausgegeben am 10.02.2021	12.02.2021 <b>(Tirol)</b>	21.02.2021
85. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Virusvariantenverordnung (COVID-19-VvV) geändert wird, <a href="#">BGBl II 85/2021</a> , ausgegeben am 19.02.2021	20.02.2021	03.03.2021
98. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Virusvariantenverordnung (COVID-19-VvV) geändert wird, <a href="#">BGBl II 98/2021</a> , ausgegeben am 03.03.2021	04.03.2021	10.03.2021

Eine Gesamtchronologie zum COVID-19-Maßnahmenrecht finden Sie [hier](#)

**Hinweis:** Die Zusammenstellung der COVID-19-Maßnahmengesetze und -verordnungen wird vom LVwG Niederösterreich zur Verfügung gestellt.

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren/kündigen](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

## **DISCLAIMER**

**Bundesgesetzblatt:** BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Amtsblatt der EU:** Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Verfassungsgerichtshof:** Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.\*

**Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte:** Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

**Gerichtshof der EU:** Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.\*

**Gericht der EU:** Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.\*

**Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte:** Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

\* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

## **IMPRESSUM**

**Herausgeber/Medieninhaber:** Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

**Redaktion:** Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Clara Buder, Univ.-Ass. Mag. Nicole Dannerbauer, Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Mag. Daniela Ertl, Univ.-Ass. Mag. Marlene Helml, Univ.-Ass. Mag. Julia Kreuzhuber, Dr. Florian Kronschräger, Univ.-Ass. Mag. Ilka Kuci, Mag. Masar.

**Hinweis:** Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell einschließlich der Zusammenstellung zum COVID-19-Maßnahmerecht trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.